

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

2.5.1922 (No. 101)

wie vor darauf gesehen, daß diese Konferenz unter Zuziehung der Signatarmächte des Vertrages von Versailles unter allen Umständen noch vor dem 31. Mai und möglichst in Genua stattfinden, wo alle Regierungsleiter mit Ausnahme Poincarés bereits anwesend seien. Die neuerliche Hinausschiebung der Abreise Barthous nach Paris wird offiziell mit den Verhandlungen über das russische Memorandum in Verbindung gebracht. In Wirklichkeit aber scheinen die Bemühungen Barthous, in der Frage der von Lloyd George gewünschten Konferenz der Signatarmächte von Versailles zu einem Kompromiß zu gelangen, der Hauptgrund der Verzögerung zu sein. Barthou selbst ist nach den Mitteilungen der Pariser Presse eifrig bemüht, einen Ausgleich zwischen Lloyd George und Poincaré herbeizuführen.

Die Labour Party für Lloyd George.

Der anlässlich des Gewerkschaftskongresses in Rom weilende Führer der Labour Party, Thomas, erklärte, ganz England billige die Haltung Lloyd Georges in Genua. Selbst die oppositionelle Labour Party sei überzeugt, daß allein eine beratende Politik den Weltfrieden herbeiführen könne. Dagegen sei das englische Volk der französischen Obstruktion gegen Genua müde. Die Labour Party trete weiter für eine Revision des Versailler Friedensvertrages ein.

Eine Rede Lord Robert Cecil.

Lord Robert Cecil erklärte in einer Rede, der Fehlschlag der Genuaer Konferenz würde ein sehr ernstes Ereignis sein. Lloyd George sei zum großen Teil verantwortlich für den vor drei Jahren geschlossenen Versailler Vertrag. Das Zusammenwirken zwischen England und Frankreich sei von grundlegender Bedeutung für den Frieden Europas. Jede wirklich ernste und dauernde Entfremdung zwischen Großbritannien und Frankreich würde verhängnisvoll sein nicht nur für England und Frankreich, sondern für ganz Europa. Cecil sagte, er sehe vollkommen ein, daß ein hoher Preis für das weitere Zusammenwirken zwischen Frankreich und England gezahlt werden müßte und könnte. Aber eine Erzeugung der feindseligen Operationen würde ein zu hoher Preis dafür sein. England wolle vor allem Frieden und besähe darauf, daß die britische Regierung und die Regierung eines Landes, mit dem es zusammenwirke, sich von einer Politik leiten lasse, die feindseligen Zielen mit friedlichen Mitteln entgegenstrebe. Lord Robert Cecil gab seinem Bedauern Ausdruck, daß zur Regelung mancher Fragen der Völkerbund nicht herangezogen werde. Wenn die Genuaer Zusammenkunft von ihm selbst einberufen worden wäre, so würde die Atmosphäre auf der Konferenz eine bessere sein. — Zu dem deutsch-russischen Übereinkommen erklärte Cecil, er könne nicht umhin, zu glauben, daß das Übereinkommen der erste Schritt sein könne zur Rückkehr zur internationalen Politik vor dem Kriege und zu einer Gruppierung einer Reihe von Mächten, getrennt von einander. Lloyd George habe mit Recht gesagt, daß dies unvermeidlich sei, wenn gewisse Mächte auf eine bestimmte Art behandelt würden. Cecil behauptete, daß man Deutschland und Rußland noch nicht in den Völkerbund aufgenommen habe. Der deutsch-russische Vertrag zeige deutlich, daß es unklug sei, irgend eine zivilisierte Nation außerhalb des Völkerbundes zu halten. Deutschland müsse sobald wie möglich in den Völkerbund aufgenommen werden.

Tschitscherins Antwort an die Polen.

Die als Antwort auf die Note der polnischen Delegation vom 30. April datierte russische Note hat folgenden Wortlaut: Herr Präsident! In der Note vom 25. April behaupten Sie, daß Rußland nicht berechtigt sei, sich zu dem Anspruch Polens und gewisser anderer Staaten zu äußern, die nicht mit Rußland Friedensverträge geschlossen haben, Klauseln der von Rußland geschlossenen Verträge zu annullieren. Kein verständiges Argument vermag einen derartigen Anspruch zu rechtfertigen. Der Vertrag von Rapallo ist als die gegenseitige Verzichtleistung in allen Ansprüchen begründet. Wenn Ansprüche dritter Staaten gegenüber Rußland bestehen würden, die durch die Vermittlung von Rußland erlangt werden müßten, so hätte dies Rußland bekannt sein müssen. Indessen hat die russische Delegation keine Kenntnis davon erhalten und die russische Regierung kann ihre Existenz daher nicht anerkennen. Wenn indessen Deutschland irgend eine Vereinbarung mit dritten Staaten durch den Vertrag von Rapallo verleiht hätte, so wäre diesen Mächten der Weg diplomatischer Vorstellungen offen geblieben, während sich die Signatarmächte in ihren Noten vom 18. und 23. April das Recht angemahnt haben, ohne Rußland davon zu verständigen, Bestimmungen eines Vertrages, den Rußland geschlossen hat, für null und nichtig zu erklären. Indem Polen daher der gegenseitigen Niederschlagung von gegenseitigen Ansprüchen durch Rußland und anderen Staaten Schwierigkeiten bereitet, verhindert es dadurch die Erhaltung Rußlands und

versetzt somit Rußland den einzigen Weg, der ihm offen steht, um die augenblickliche Krise zu überwinden. Wenn also Polen den lebenswichtigen Interessen Rußlands entgegenarbeitet, so wird es sich im Gegenzug zu dem Vertrag von Rapallo stellen, der freundschaftliche Beziehungen zwischen Polen und Rußland festlegt.

Ihre Note vom 25. April enthält ebensowenig eine befriedigende Rechtfertigung Ihrer Ansicht, nach der Deutschland an der Lösung der russischen Frage ohne Genehmigung der nicht an dem Vertrag von Rapallo beteiligten Mächte teilnehmen darf, obwohl nach Ihrer Ansicht der Vertrag von Rapallo keinerlei Hindernis für die Beteiligung Polens an eben diesen Verhandlungen darstellt. Ebensovienig können wir dem zustimmen, daß Verpflichtungen ihre Geltung verlieren, wenn sie in die Form eines Schlußprotokolls geteilt werden. Meine Regierung ist gewohnt, alle Vereinbarungen, die durch ihre regelrechten Vertreter unterzeichnet sind, als bindend zu betrachten, und wir hoffen, das von allen Vertragsmäßigen Teilen. Die Auslegung, die Sie dem Protokoll von Rapallo vom 30. März zuteil werden lassen, ist somit eine Verhinderung der Vereinbarungen, die darin enthalten sind. Wenn ich auch nochmals den unüberwindlichen und festen Friedenswillen Rußlands unterbreite, so ist es mir doch unmöglich, mein Bedauern darüber zu verschweigen, daß die letzten Schritte der polnischen Delegation launig geartet sind, die Festigung der durch den Vertrag von Rapallo geschaffenen Zustände zu fördern.

Ein Brief Tschitscherins an Barthou.

Wie der Sonderberichterstatter des „Matin“ zu wissen glaubt, hat Tschitscherin vorgestern Abend einen Brief an Barthou entworfen, in dem er etwa folgendes sagt:

„Das Wohlwollen, das seit einigen Monaten in Berlin zwischen Deutschland und Rußland ausgearbeitet und in Rapallo unterzeichnet wurde, ist als ein gegen die französischen Interessen gerichteter Akt angesehen worden. Wiederholt ist ausgesprochen worden, daß dieser Vertrag Geheimklauseln militärischer oder politischer Art enthält, die Angriffsabsichten Rußlands gegenüber Frankreich und seinen Alliierten verbergen. Trotz der wiederholten heftigsten Dementis der deutschen und russischen Delegation, trotz der Erklärungen des Reichstanzlers in der Presse erhält sich der Argwohn in gewissen Kreisen aufrecht und hemmruht die öffentliche Meinung, u. die Regierungskreise in Frankreich. Die russische Delegation hält es deshalb im Interesse der Wahrheit und um jedes Mißverständnis, das gegen die friedliche Politik Rußlands aufkommen könnte, zu beseitigen, für nötig, diesen Brief an Sie zu richten, da es nicht in der Absicht der russischen Regierung liegt, weitere besondere Abkommen zu schließen, die das alte Abkommen vervollständigen, das die Mächte gegenseitig beraten. Dieses Abkommen mußte erst die Grundlage für den Weltfrieden werden und, was besonders Frankreich anbetrifft, sei die russische Regierung der Ansicht, daß es viele Berührungspunkte zwischen den beiden Ländern gebe, die ein Übereinkommen über alle schwebenden Fragen erleichtern. Nach dieser Richtung habe sich die Politik Rußlands trotz der feindseligen Haltung, die Frankreich gegen es seit mehr als vier Jahren einnehmen zu müssen gezwungen habe, nicht gewandelt. Die russische Delegation könne nicht verhehlen, daß die Politik Frankreichs in der öffentlichen Meinung einen lebhaften Widerhall gefunden habe, daß aber außerhalb dieser feindseligen Politik kein Grund, die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich und seinen Alliierten verhindern könne. Die russische Regierung sei davon überzeugt, daß eine Änderung in dieser Haltung für die Interessen Frankreichs und Rußlands, für die Bevölkerung Europas und für die wirtschaftliche Wiedererhebung der Welt ebenso notwendig wie nützlich sei. Der Brief schließt mit der Versicherung, er sei von dem Wunsch geleitet, jedes Mißverständnis und jede Zweideutigkeit zu beseitigen, die den normalen Verlauf der Arbeiten der Konferenz behindern könnten.“

Der Friedenswunsch des Papstes.

Der Papst sandte an Kard. Staatssek. Gasparri lt. „C. R.“ ein Schreiben, in dem er der Befürchtung Ausdruck verleiht, mit der der Heilige Stuhl die Arbeiten der Konferenz von Genua verfolgt. Der Papst wünscht lebhaft einen Erfolg der Konferenz für das Wohl der Welt und den Weltfrieden. Er setzt hinzu, man könne nicht ohne Bittern an das Unglück denken, das aus einem Mißerfolg der Konferenz entstehen könne. Die vatikanischen Kreise weisen auf die besondere Übereinstimmung des letzten Papstbriefes mit der Rede Lloyd Georges hin. Der Brief des Papstes sei eine Warnung an Frankreich, nicht durch Unnachgiebigkeit Deutschland und Rußland zum Verzweiflungskampf hinzutreiben. Darin liege die Hauptbedeutung des päpstlichen Schrittes, die aber von Frankreich vielleicht verkannt würde.

Landestheater.

„Tannhäuser“.

In der vorgestrigen Wiederholung des „Tannhäuser“ sang, da unserer Bühne zurzeit eine Vertreterin des Fachs der jugendlich-dramatischen Sängerin fehlt, Frau Valentine Kott in Svedsen vom Nationaltheater in Christiania ausübungsweise die Partie der Elisabeth. Die Künstlerin besitzt ein gutes, tragfähiges, leicht ansprechendes Stimmmaterial von gründlicher technischer Schulung. Ihr Vortrag ist sorgfältig durchdacht und gut abgemessen. Die Darstellung blieb jedoch im Außerordentlichen stehen. Mienenpiel und Bewegung wirkten zu bewußt und gewollt, um wirklich an die Seele zu rühren. Immerhin entbehrte das Spiel der Künstlerin nicht gelegentlicher eindrucksvoller Momente. Die Besetzung der übrigen Rollen ist von früher her bekannt.

Klavierabend Eugen Steiner.

Der noch junge Pianist Eugen Steiner, der sich am Samstag im Saal der Vier Jahreszeiten zum erstenmal dem Karlsruher Publikum vorstellte, spielte Chopin und Liszt. Man gewann den Eindruck, als sei Eugen Steiner an diesem Abend besonders nicht sonderlich auf Chopin eingestellt gewesen. Sein Chopin-Spiel blieb an der Oberfläche. Oft schien es, als liege er sich da oder dort, wo Chopin aus tiefer Seele sprechen will, und wo er dann vom Spieler mit hingebungsvoller Liebe umworden sein muß, nicht genügend „Zeit“. Ich möchte keinen andern Musiker zu nennen, der für das Ideal seiner eigenen Art in seinen musikalischen Werken so vollkommen den Ausdruck seines besten Selbst gefunden hat, wie Chopin. Ob Fantasie, Etude, Nocturno oder Ballade, welche Form er auch je nach Stimmung und Laune für seine musikalischen Eingebungen gewählt, immer ist sie Gefäß für die intimsten Äußerungen seiner tiefsten Wesenheit. Daher ist Chopin-Spielen auch so unendlich schwer. Die leichte Hand, ein verlenktes Spiel, ein gewöhnlicher Gesangston allein tun es nicht; bei Chopin gilt es sich einzufühlen bis in die feinsten Poren seiner komplizierten Seele. Jede Nuance, jede Wendung, jede Linie ist von Bedeutung und will nicht nur richtig gespielt werden, sondern muß auch ganz erfüllt sein. Vielleicht bringt Eugen Steiner ein andermal

bessere Chopin-Stimmung mit und bringt dann den Zauber-Spiegel seiner Kunst zum Vorschein.

Bis jetzt dagegen blieb er nicht schuldig. Besonders die Rhapsodie XIV war von einer wilden Dämonie durchdrungen. In diesen fast brutal gearteten Tondichtungen hat man bei Liszt das Gefühl, als treibe er danach, das Instrument, die erhabene Ansaufbarkeit des Tones durch Töne zu meistern. So braucht das ungeheure Leben mit ungestümmter Uragewalt auch durch diese Rhapsodie. Sein brausendes Gehäuf läßt ihn Tonmassen auf Tonmassen zu riesenhaften Gebilden aufeinandervertürmen. Das ist der titanische Zug in Liszts Schaffen. Mit diesem tiefen Sehnen nach weiterführenden Offenbarungen ist auch Liszt ein edler Pädagoge, er schüttert den Künstler, so lange er der Versuchung der Virtuosität widersteht kann, die ihn nun allzu oft von hoch gesteckten Zielen abtreibt und in ein anderes Fahrwasser wirft. — Die H-moll-Ballade ließ Eugen Steiner wie ein wild aufgewühltes Meer von Tönen aufrauschen. Mit genialem Flair, mit jauchendem Schwung und brillanter Bradour entfesselte er die aufschäumenden Tonphantasien der Rhapsodie. Aber als der wilde Geist den Tönen verflücht war, was blieb da viel übrig, als Stauern und Verwirrung über ein so großes technisches Können? Die Wucht der Töne sprengte übrigens fast die Enge des Saales, dessen akustische Verhältnisse nicht ideal sind. G.M.z.

„Rühme und Welt“. Das großzügig angelegte und vorbereitete Wohltätigkeitsfest, welches das gesamte künstlerische und technische Personal des Landestheaters im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung am Samstag, den 20. Mai, nachmittags und abends im Stadgarten und den Festhallen veranstaltete, gilt den vielfach sehr tüchtig lebenden Altpensionären der hiesigen Pensionskasse, von denen die meisten durch langjährige, treue und nicht immer leichte Dienste am früheren Hoftheater sich den Dank des Instituts und des Publikums erworben haben. — Die Verwaltungsdirektion des Landestheaters (linkes Nebengebäude) gibt, wie auch die Mitglieder, Auskünfte über Kartenbestellung und vor allem auch über das Anbringen freundlicher gütlicher Spenden, sei es an Geld, geldwertem oder für den Wirtschaftsbetrieb des Festes, worum herzlich gebeten wird. — Der offizielle Vorverkauf beginnt demnächst an den Kassen des Landestheaters und in der Rührerischen Musikantenbande.

Eine Denkschrift zur Arbeitslosenfrage.

Von deutscher Seite ist in Genua in der ersten wirtschaftlichen Unterkommission eine Resolution über die internationale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, des Notstandes, der zurzeit die Länder mit hoher Valuta beherrscht, aber auch die valutaschwachen Länder stetig bedroht, eingebracht worden. Es wird darin Austausch der in den verschiedenen Ländern auf diesem Gebiet bisher erzielten Erfahrungen, sowie das eingehende Studium der wirtschaftlichen Voraussetzungen und Auswirkungen der Arbeitslosigkeit unter besonderer Berücksichtigung des Valutaproblems angeregt.

Als vorbereitendes Material hat die deutsche Delegation eine Denkschrift über „Die Erwerbslosigkeit der Welt, ihre Wirkungen und ihre Bekämpfung“ überreicht. Diese Denkschrift, die auf vorläufigen internationalen Nachrichten beruht, und daher weder vollständig noch auf endgültige Richtigkeit Anspruch erhebt, bezieht die Zahl der betroffenen Personen auf 4, auf der Erde auf 10 Millionen, die Zahl der betroffenen Personen mit Einfluß der Familienangehörigen in Europa mindestens auf 12, auf der Erde auf mindestens 30 Millionen. Der Aufwand an Arbeitslosenunterstützung verschiedenster Form wird für Europa auf täglich 12, für die Länder der Erde auf täglich 30 Millionen Goldfranken und seit Kriegsende für Europa auf mindestens 8, für die Erde auf 25 Milliarden Goldfranken veranschlagt, der Lohnausfall auf das Maßstab dieser Beträge und der Produktionsausfall seit dem Waffenstillstand für Europa auf 30 bis 40, für die Länder der Erde auf 100 Milliarden Goldfranken.

Eindringlich wird auf die hohe Gefahr weiterer Ausbreitung der Arbeitslosigkeit hingewiesen, indem einerseits in den Ländern mit sinkender Valuta die Kaufkraft und damit auch die Aufnahmefähigkeit für die Erzeugung hochvalutarischer Länder zurückgeht und indem andererseits jeder Arbeitslose für den Güterverbrauch weitgehend ausscheidet und so andere Arbeitslose nach sich zieht.

Bei Prüfung der Hilfsmöglichkeiten stellt die Denkschrift die Forderung voran: Arbeitsbeschaffung statt unproduktiver Arbeitslosenunterstützung. Sie erläutert dann die Vorkehrungen der verschiedenen Länder im Bereich der Arbeitsvermittlung, ihre Bemühungen, Vermehrung und bessere Auswertung der öffentlichen Arbeiten und die Maßnahmen, die auf Bereitstellung besonderer wirtschaftlich wertvoller Arbeiten für die Arbeitslosen unter Einsetzung der Mittel der Erwerbslosenunterstützung hinauslaufen. Produktive Erwerbslosenunterstützung, travaux productifs, production work, lavori produttivi. Besondere Aufmerksamkeit wendet die Denkschrift dem Valutaproblem zu. Durch eine vergleichende Darstellung der Entwicklung einerseits der Valuta, andererseits des Arbeitsmarktes der verschiedenen Länder legt sie dar, daß das Steigen der Valuta bisher Zunahme der Arbeitslosigkeit nach sich gezogen hat. Wie die beigefügten Zahlenbilder weiter ergeben, läßt dabei der Niedergang der Valuta der Nachbarländer einen viel geringeren Einfluß, als bisher im allgemeinen angenommen wurde. Vielmehr genügt der eigene hohe Valutastand eines Landes bereits, um seine Konsumvermögen zu vermindern, ohne daß es dabei wesentlicher Einbußen oder gar eines dumpfing seitens valutaschwacher Länder bedürfte. Nicht Schuldschulden oder ähnliche Maßnahmen können nach der Denkschrift die Arbeitslosigkeit beseitigen, sondern nur internationale soziale, wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit!

Die Kreditfragen.

Im Anschluß an die Sitzung des Unterausschusses der Finanzkommission für Kreditfragen am 24. April hat der Redaktionsausschuß die verschiedenen Abänderungsvorschläge zu den Artikeln 37 und 38 des Londoner Memorandums zu einer einheitlichen Resolution zusammengefaßt, die dem Unterausschuß für Kreditfragen in der Sitzung vom 25. April vorzulegen wurden. Die Resolution stellt den Grundsatz auf, daß die Kreditgewährung der kapitalstarken Länder an die kreditbedürftigen Länder in der Regel in der Form von privaten Anleihen und nur in ganz besonderen Ausnahmefällen von Regierung zu Regierung gegeben werden soll. Um das private Kapital kreditbereit zu machen, sind Garantien erforderlich, für die die Resolution unter Hinweis auf die bereits vorliegenden Beschlüsse der Unterausschüsse über die Währungsfragen und den Devisenverkehr folgende Richtlinien aufstellt:

Die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts müssen sich ausgleichen; die außerordentlichen Ausgaben sollen fortgesetzt bis zur völligen Streichung herabgesetzt werden. Sie dürfen nur dann durch Anleihen gedeckt werden, wenn es sich um werbende Anlagen handelt. Jeder Staat soll regelmäßig in kurzen Perioden genaue Aufstellungen über seine Finanzen veröffentlichen. Diese Aufstellungen sollen dem Völkerbund überhandelt, von ihm zusammengefaßt und fortlaufend veröffentlicht werden. Um die Gewährung von Krediten, sowohl von Privatkrediten als auch, wo es nötig ist, in Form von Anleihen an die Regierungen zu erleichtern, soll unter möglichst zahlreicher Beteiligung der in Genua vertretenen Regierungen ein internationales Konfortium errichtet werden, dem die nationalen Konfortien der einzelnen Länder angegliedert werden. Diese Konfortien sollen, ohne ein Monopol in irgendeiner Richtung zu haben, die Möglichkeiten prüfen, die sich für den Wiederaufbau Europas bieten, die Internierungen unterstützen, die dieses Ziel verfolgen und zu diesem Zweck mit anderen Internierungen zusammenarbeiten.

Bei der Diskussion über diesen Resolutionsantrag stellte der belgische Delegierte zugunsten dieses Vorschlags seine bei der vorigen Sitzung gegebenen Anregungen zurück, da die Verhältnisse für seine Anregungen noch nicht reif seien. Der russische Delegierte gab ein sehr eingehendes statistisches Bild über den Rückgang der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, des Eisenbahn- und Schiffverkehrs, über die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die Lage des Budgets in Rußland. Er zog daraus den Schluß, daß die Landwirtschaft, die Industrie und das Transportwesen Rußlands ohne Gewährung von Krediten nicht wieder aufgebaut werden könnten. Der Unterausschuß beschloß, der Finanzkommission die vorliegende Resolution zur Annahme vorzulegen.

Das Arbeitsprogramm des Völkerbunds.

Der Völkerbundrat wird am 11. Mai unter Vorsitz des spanischen Vertreters Luisones de Leon zu seiner 18. Session zusammentreten. Er wird sich mit der Interpretation des Artikels 389 des Versailler Vertrages betreuend die Bezeichnung der holländischen Arbeiterdelegierten zur 3. internationalen Arbeitskonferenz und mit der Kompetenz der internationalen Arbeitsorganisation bezüglich der landwirtschaftlichen Arbeit befassen. Weitere Gegenstände der Beratungen sind: Der Vorschlag der norwegischen Regierung auf Einsetzung einer Untersuchungskommission für die Hungersnot in Rußland, ein Gesuch der albanischen Regierung, der Völkerbund möge Wirtschaftssachverständigen ernennen, die Albanien Maßnahmen vorzuschlagen hätten für die Ausbeutung der Naturkräfte des Landes. Auf der Tagesordnung steht ferner eine Reihe von Fragen bezüglich der freien Stadt Danzig; die Frage der Leistung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs durch Polen, die Kontrolle und Verwaltung der Weichsel auf dem Gebiete

Zielen Stadt, die Danziger Verfassung und die Finanzlage Danzigs u. a. mehr. Es folgen die Fragen bezüglich des Schutzes der Minderheiten in Albanien, Estland, Lettland, Litauen, Polen. Dem Völkerbundrat werden mehrere Kommissionsberichte unterbreitet, darunter derjenige der Reparationskommission, die in den letzten Tagen ihre zweite Session beendete, der Bericht der Mandatskommission betreffend die Nationalität der Bevölkerung der unter Mandat stehenden Gebiete, sowie der Bericht der Militärkontrollkommission.

Reichsratsbeschlüsse.

Im Reichsrat wurden die Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz teilweise neu gestaltet. Wichtig ist die Bestimmung, daß die Grenze, bei der der Mangel einer Ausführung nicht als Verschulden angesehen wird, auf 120 000 R. erhöht wurde. Schließlich erledigte der Reichsrat noch den Gesetzentwurf über die Erweiterung der Reichsgerichte, der eine Trennung bezüglich der Behandlung der Klündigung und der sonstigen Entscheidungen der Kreisgerichte vorseht. Über Klündigungen sollen lediglich die Amtsgerichte entscheiden und als Revisionsinstanz die Landgerichte.

Polnische Raubpläne.

Auf eine Beschwerde der Berliner polnischen Gesandtschaft über die vom ostpreussischen Oberpräsidenten Mitte März bei Eröffnung des Provinziallandtags gehaltenen Rede, in der aggressive Stellen gegen Polen enthalten seien, betont das auswärtige Amt in seiner Antwort vom 25. April, daß diese Rede keine Wendung enthielt, aus der auch nur auf eine aggressive Stimmung zu schließen wäre. Die Rede sei vielmehr der Ausdruck von Besorgnissen, die in der ostpreussischen Bevölkerung und auch im übrigen Deutschland weit verbreitet seien. Die Rede erinnert an die Denkschriften, die Roman Dmowski im März 1917 in Paris und am 8. Oktober 1918 dem Präsidenten Wilson überreichte, und in denen er ganz offen erklärt, daß nur eine enge oder lockere Verbindung mit Polen eine Lösung der ostpreussischen Frage biete. Dieser polnische Plan wurde von der polnischen Friedensdelegation in Paris, deren Leiter Roman Dmowski war, am 15. Februar 1919 der Kommission für die polnischen Angelegenheiten vorgelegt. Polen habe sich also diese Ausführungen amtlich zu eigen gemacht. Daß bei solchen Anschauungen prominenter polnischer Kreise, zumal nach dem Vorgehen in Litauen und nach den Erfahrungen des Korfanthauslandes, die Provinz Ostpreußen sich bedroht sah, sei begreiflich. Die Rede verweist auf die in der polnischen Presse und in Warschauer Rundsprüchen fortgesetzten erfindenden Nachrichten über angebliche deutsche Vorbereitungen in Ostpreußen, die der ostpreussischen Bevölkerung den Gedanken nahe legen, daß dadurch eigene aggressive Absichten Polens verschleiert werden sollen. Im Zusammenhang hiermit weist die Note auf die Rede hin, die der Chef des polnischen Generalstabes, General Sikorski, am 20. März d. J. im Senatsaudium des Sejm gehalten hat und in der er ausführt, daß Deutschland jeden Augenblick bereit sei, Zusammenstöße des bolschewistischen Rußland mit Polen herbeizuführen, um bei dieser Gelegenheit als Gendarm des bedrohten Europas aufzutreten und wenigstens den ganzen Korridor zu besetzen. Diese Rede sei sicher nicht geeignet, die von der polnischen Gesandtschaft beflagten Besorgnisse der Provinz Ostpreußen zu zerstreuen. Wenn derartige Äußerungen verhindert würden und die öffentliche Meinung Polens über die wahren Verhältnisse und Stimmungen in Ostpreußen aufgeklärt würde, so wäre dies das beste Mittel, in Ostpreußen Ruhe zu schaffen.

Badische Uebersicht.

Zum Besuch des bayr. Ministerpräsidenten.

Der gestern in Karlsruhe eingetroffene, schreibt die „Badische Staatszeitung“ in ihrer Nummer vom 1. Mai: „Der badische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld trifft heute zum Besuch des badischen Staatspräsidenten Dr. Dummel in Karlsruhe ein. Wenn auch der auf 2 Tage berechnete Aufenthalt zunächst nur ein Höflichkeitstakt und die Erwiderung auf den Münchner Besuch des badischen Staatspräsidenten vom 10. und 11. Januar d. J. ist, so wird doch auch diese Zusammenkunft als ein Zeichen des Vertrauens und der verständnisvollen Zusammenarbeit besonders jetzt begrüßt werden, wo das gemeinsame deutsche Vaterland aufs neue mit Verwundungen und Maßnahmen schwerster Art bedroht wird. Ein Gedankenaustausch der leitenden Staatsmänner in den süddeutschen Staaten ist gerade in diesem Augenblick von besonderer Bedeutung. Man wird deshalb diesen Besuch des bayrischen Ministerpräsidenten, der sich die Pflege vertrauensvoller Beziehungen zwischen den Einzelstaaten besonders angelegen sein läßt, allseits wärmstens begrüßen müssen, da er gleichermäßen den Interessen Bayerns und Süddeutschlands wie den Interessen des Reiches dienen wird.“

Badischer Landtag.

Anbau von Tabak.

Ein beim Landtag vor 4 Wochen durch den Landbund eingereicher Antrag verlangt Aufhebung der Verordnung der Regierung, welche eine Ausdehnung der Anbaufläche von Tabak mit Rücksicht auf die Ernährung der Bevölkerung bezw. der Notwendigkeit, zunächst Kartoffeln und Getreide zu bauen, nicht zuläßt. Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung, welcher sich am Donnerstag damit beschäftigte, kam zu keinem Beschlusse, da die Sozialdemokratie, weil verschiedene neue Gesichtspunkte über diese Frage im Laufe der Debatte hervorgetreten waren, Vertagung und Rückverweisung an die Fraktionen beantragte. Dem wurde stattgegeben, da es üblich ist, daß den Wünschen einzelner Fraktionen über die zur Beratung stehenden Anträge möglichst Rechnung getragen wird.

In der Aussprache selbst stellten sich alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Kommunisten, auf den Standpunkt des Berichterstatters, des Abg. Sad (Zent.), dem Anträge des Landbundes stattzugeben. Eine Verneinung der Anbaufläche für Tabak habe im letzten Jahre nicht mehr stattgefunden. Bei den hohen Getreide- und Kartoffelpreisen sei der Anbau von Tabak nicht mehr so lohnend, wie früher. Auf manchen Böden wachse nur Tabak und er könne oft noch gebaut werden, wenn man eine andere Frucht umpflanzen wolle.

Die Regierung erklärte die Verordnung für notwendig, solange Baden Bedarfsländ für Getreide und Kartoffeln sei.

Die von einem Debatteernehmer gemeldete Bestrafung von etwa 26 Tabakbauern wegen Übertretung der Verordnung beweise gerade ihre Unentbehrlichkeit; durch sie werde kein Tabakplanzer benachteiligt. Die Sozialdemokraten verlangten ebenfalls das Fortbestehen der Verordnung. Der Tabakbau habe erst im letzten Jahre nicht zugenommen; in früheren Jahren sei die Anbaufläche stets gewachsen. Es mangle in Baden sehr an Bodenfläche zum Anbau von den notwendigsten Lebensmitteln, da könne man eine Ausdehnung des Tabakbaues nicht zulassen, der Boden ja nicht in der Lage sei, seinen Lebensmittelpotential im eigenen Lande zu decken. — Die nochmalige Beratung des Landbundesantrages wird in einer späteren Sitzung des Ausschusses erfolgen.

Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene.

Hielt am vorgestrigen Sonntag im Sitzungssaale des Arbeitsministeriums in Karlsruhe ihre aus dem ganzen Lande besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Geh. Obermedizinalrat Dr. Hauser begrüßte die Erschienenen und gedachte der toten Mitglieder, zu deren Ehre man sich von den Sitten erhob.

Der Geschäftsführer der Gesellschaft Dr. Alfons Fischer berichtete über das verlossene Jahr. Die Zahl der Mitglieder ist um 11 auf 558 gestiegen, darunter 253 Ärzte und Ärztinnen. Es hat sich eine Erhöhung des Beitrages als nötig erwiesen. An den Landtag wurde eine Eingabe um weiteren Ausbau der Schulgesundheitsdienste, an den Reichstag eine solche betr. Einführung der Familienversicherung; letztere wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. In Baden haben die Ortskrankenkassen in Karlsruhe, Freiburg, Mannheim und Forstheim, sowie die Betriebskrankenkasse der Firma Lang-Mannheim die Familienversicherung eingeführt. Die Gesellschaft befaßt sich mit der Frage der Tuberkulosebekämpfung, die in der Hauptstadt eine Phase der Ernährung ist. Zur Bearbeitung des Stoffes wurden hervorragende Vorträge gehalten. Die Hauptarbeit des Instituts erstreckte sich auf die Untersuchung der Lehrlinge an den Handels- und Gewerbeschulen von Karlsruhe und Durlach. Die Untersuchung der 9000 Lehrlinge ist noch nicht abgeschlossen, legt aber doch den Schluss nahe, daß Deutschland noch nicht verloren ist. Die neue Gemeindeordnung gestaltet den Städten die Errichtung von Gesundheitsämtern. Durch Besprechungen mit den betr. Ministerien wurde die Gesundheitsfürsorge in Baden ein gutes Stück vorwärts gebracht. Die Gesellschaft bemüht sich zur Förderung ihrer Bestrebungen um höhere Staatszuschüsse.

Bezirksarzt Dr. Oberer-Ettenheim hielt dann einen Vortrag über soziale Missetaten und Tuberkuloseverbreitung. Ganz hervorhebend ist die Tuberkulosesterblichkeit der Frauen im Schwäbinger Bezirk in den letzten 30 Jahren in der Altersklasse von 21 bis 30 Jahre gewachsen. Der Vortragende hat die Ursachen dieser Erscheinungen genau untersucht und schreibt das kaum veränderte bessere Verhältnis in dem zum Vergleich herangezogenen Kehler Bezirk den landwirtschaftlichen Verhältnissen zu, während im Schwäbinger Bezirk sich der Einfluß der Industriearbeit geltend macht. Ausschlaggebend für die schlechte Lage im Schwäbinger Bezirk sind aber die mangelhaften Wohnverhältnisse bei einer Verdoppelung der Bevölkerungsziffer. Besonders ungünstig hinsichtlich der Kinder- und Tuberkulosesterblichkeit erscheinen Sieboldheim, Reich, Neulohheim und Ostersheim. In Neulohheim beträgt die Kindersterblichkeit 40 Prozent, die Tuberkulosesterblichkeit 7,6 Prozent (dreimal so viel als der Landesdurchschnitt). Zur Bekämpfung der Missetaten empfiehlt der Redner an Stelle der losfertigen Geiseln dem Wohnungsmangel mehr Beachtung zu schenken und im übrigen die Wohnverhältnisse zu verbessern. Wichtig sei die Erhebung der landwirtschaftlichen Produktion, der Ertrag menschlicher Kraft durch Getreide und vor allem die Schaffung neuer und besserer Wohnungen.

An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache, in der u. a. gefordert wurde, daß die Bezirksämter die Genehmigung zum Bau von 1 Zimmerwohnungen nicht mehr geben. Nachmittags hielt der leitende Arzt des Kindererholungsheimes Humberg Dr. Behm einen Vortrag über die sozialhygienische Bedeutung des Heimes. Er konnte dabei erfreuliche Resultate verzeichnen. Auch an dieses Referat knüpfte sich eine Aussprache. Damit war die lehrreiche Tagung beendet.

Landeszentrale des badischen Einzelhandels.

DZ. Karlsruhe, 30. April.

Die Landeszentrale des badischen Einzelhandels hielt dieser Tage ihre diesjährige Tagung ab. Freitag und Samstag waren den Beratungen der Fachgruppen gewidmet, während am Sonntag vormittag im Saale des Friedrichshofes die 3. ordentliche Generalversammlung stattfand. Nach Begrüßungsansprachen des 1. Landesvorsitzenden Rud. Hugo Dietrich, des Präsidenten der Handelskammer A. M. Gsell, des Oberbürgermeisters Dr. Winter, des Präsidenten der Handelskammer Konstantin und einer Reihe weiterer Körperschaftsvertreter sprach Verbandsdirektor L. Steinel-Karlsruhe über die Lage im Einzelhandel. Das vergangene Jahr habe für den Einzelhandel viele Enttäuschungen gebracht. Der Kaufmann sei im Jagen nach Waren der reinste Börsenspekulant geworden. Die Bedingungen, die von den Fabrikanten gestellt würden, seien unerträglich, die Gehaltsforderungen, wie sie in letzter Zeit von den Angestellten erhoben worden sind, undurchsichtig. Der Einzelhandel verlange dringend die Aufhebung der zahlreichen, den Handel einengenden Maßnahmen, der überflüssigen Preisprüfungsstellen, des Wuchergerichts in seiner jetzigen Gestalt, der Überwachungsstellen, der steuerlichen Bedrängung, Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.

In sehr eingehender Weise berichtete der Syndikus der Handelskammer Karlsruhe, Dr. Krienen, über „Die Preisbewusstseinsfrage — eine Lebensfrage für den Kaufmann.“ Seine Ausführungen verzeichneten sich zu folgender Entschliessung:

„Die heutige Generalversammlung der Landeszentrale des badischen Einzelhandels ist davon überzeugt, daß die zum großen Teil durch Geldentwertung hervorgerufene Preisentwicklung nicht durch gesetzliche Maßnahmen hinangehalten werden kann. Dem sie wird durch wirtschaftliche Erscheinungen, insbesondere durch den Wertverlust herbeigeführt, der wiederum auf den Versäuler Aktiefrieden mit zurückzuführen ist. Wirtschaftliche Entwicklungen mit ihrem schnellen Wechsel lassen sich aber nicht durch Gesetzesparagrafen beseitigen. Die Preise werden nach wie vor stets durch das unumstößliche Gesetz vom Verhältnis des Angebots zur Nachfrage bestimmt. Aus diesen Erwägungen entspringt die wirtschaftliche Erkenntnis, daß auf die Dauer die gesamte gesetzliche Regelung der Preise weggelassen wird und muß. Trotz dieser wirtschaftlichen Erkenntnis will der Einzelhandel den von gesetzgebenden Körperschaften und Behörden hauptsächlich unter dem Druck politischer Schwärmungen geführten Kampf gegen Auswüchse von Scheibern und Wucherern tatkräftig unterstützen, muß aber

verlangen, daß man den ehrbaren Handel in Schutz nimmt. Zu diesem Zwecke müssen: 1. die bisherigen beherrschenden und unklaren Bestimmungen endlich und schleunigst beseitigt werden. 2. Es ist der ordnungsgemäß zustandgekommene Marktpreis, auch da, wo börsenmäßige Notierungen nicht stattfinden, als der entscheidende Maßstab für die Angemessenheit der Preisbildung anzuerkennen. 3. Soweit ein Marktpreis nicht besteht, ist die Berücksichtigung eines angemessenen Wiederbeschaffungspreises für die Waren gleicher Art dem Grundbelegen des Marktpreises gleichzusetzen. 4. Vor Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens sind Sachverständige, die in erster Linie von den zuständigen Handelsbetrieblungen zu benennen sind, zuzuziehen. 5. Ausnahmegerichte sind zu beseitigen. Mindestens ist aber zu fordern, daß bei Prozessen wegen Wuchers die Möglichkeit gegeben ist, sich an eine Berufungsinstanz zu wenden. 6. Der Entwurf eines Gesetzes über die öffentliche Bekanntmachung von Verurteilungen wegen Preistreiberei usw. (Brangergesetz), darf unter keinen Umständen früher in Kraft treten, als die unter 1-5 verlangten Änderungen Gesetzeskraft erlangt haben.

Diese Richtlinien bedecken sich mit den Wünschen aller Vertretungen aus Handel und Industrie insbesondere des Einzelhandelsausschusses des deutschen Industrie- und Handelstages. Die heutige Versammlung beauftragt daher die Landeszentrale des badischen Einzelhandels, in Benehmen mit den Körperschaften von Handel und Industrie tatkräftig weiter zu kämpfen. Außerdem ergeht an den Kaufmann die dringende Aufforderung, sich mit seinem ganzen Einfluß an diesem Tafelkampfe der Kaufmannschaft zu beteiligen!

Ein Zusatz Albers forderte die Verbände über, die Mitglieder durch Richtlinien, durch Material, sowie durch Einfließen für die aufgestellten Grundzüge auch moralisch zu unterstützen. Die Verbände müßten dafür einsehen, daß ein Anklagenverfahren nicht vor einem Wuchergericht sein Ende findet, sondern wegen seiner prinzipiellen Bedeutung einer Strafammer zur Ermöglichung der Nachprüfung eines ungünstigen Spruches durch das Reichsgericht unterbreitet wird.

Die Entschliessung fand einstimmige Annahme.

Dr. Felix Berhard-Berlin sprach über Wirtschaftspolitik des Einzelhandels.

Das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Abg. Kaufmann über die Frage: „Wie sichert sich der deutsche Kaufmannstand seine Existenz?“ Als letzter Redner sprach Herr v. Tscholla über Unfallversicherung, Berufsgenossenschaft des Einzelhandels in Berlin, ihre humanitären Anstalten, Haftpflichtversicherungsanstalt, Renten-, Witwen- und Waisenkasse.

Nachmittags 3 Uhr fand eine geschlossene Generalversammlung statt.

Badischer Jägertag.

DZ. Am gestrigen Sonntag hielt der Bund badischer Jäger unter Leitung seines Vorsitzenden, Kommerzienrat Stahmer in Karlsruhe die zweite Hauptversammlung ab. Mit zahlreicher Beteiligung aus dem ganzen Lande waren Vertreter der Regierung und der Stadt erschienen. Direktor Kramf hielt einen interessanten Vortrag über Zweck und Ziele des Bundes. Seine von der Liebe zur Natur durchdrungenen Ausführungen wandten sich namentlich gegen die Auslieferung unserer heimischen Jagden an die valutastarken Ausländer und gegen jedes unwaimännliche Verhalten. Er bezeichnete die Hebung des Wildstandes als dringende Notwendigkeit und empfahl Belohnungen für besondere Leistungen im Jagdschub. Kein Mitglied dürfe sich bei der Jagd als Strohmann für einen Ausländer hergeben. Die Versammlung bestimmte die Zeitschrift „Der deutsche Jäger“ als Verbandsorgan und setzte den Jahresbeitrag auf 40 M. fest. Es wurden Anträge angenommen, wonach jeder deutsche Jäger, der für einen Ausländer eine Jagd pachet, aus dem Bunde ausgeschlossen werden soll. Ferner sollen an Verleigerungen nur Leute teilnehmen können, die im Besitze eines Jagdpasses sind. Schließlich wünscht man Verschärfung der Jagdpasskontrolle und Förderung der Gebrauchshundzucht durch Suchen. An verdienstvolle Bundesmitglieder wurden Ehrennadeln verliehen. Nächster Tagungsort ist voraussichtlich Offenburg. Mit der Hauptversammlung des Bundes, der bereits über 2000 Mitglieder zählt, waren auch geistliche Veranstaltungen verbunden.

Der badische Landbund.

Hielt am Sonntag im Konzerthaus zu Karlsruhe seine diesjährige stark besuchte Tagung ab. Nach einer lebhaften Aussprache gelangte folgende Entschliessung einstimmig zur Annahme: „Der Badische Landbund ist bereit, nach besten Kräften mitzuwirken an der Durchführung des landwirtschaftlichen Hilfswerkes, um das deutsche Volk aus eigener Scholle zu ernähren. Er ist sich bewußt, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn die Produktion von allen Fesseln der Zwangswirtschaft befreit sich ungehemmt entwickeln kann und wenn damit die Gewähr geboten ist, daß der Preis des Produktes einen Ausgleich bringt für den Aufwand an Arbeit und Kapital, und wenn ferner jede Sonderbesteuerung der Landwirtschaft unterbleibt. Eine solche einseitige, ungerechte und unerträgliche Sonderbesteuerung erblickt der Landbund in der Getreideumlage, um so mehr, als den Lieferanten von Umlagegetreide in keiner Weise eine steuerliche Berücksichtigung zuteil wurde. Der badische Landbund lehnt deshalb jedes Umlageverfahren ab und schließt sich der Stellungnahme des Reichslandbundes an.“

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nachversteuerung von Beleuchtungsmitteln. Wir machen auf die Bekanntmachung des Hauptzollamts Karlsruhe im heutigen Anzeigenteil aufmerksam.

Der Kollektortarif der amtlichen Spreß-, Eis- und Frachtgutbestreiterei wird vom 1. Mai d. J. an um 20 v. H. erhöht. Nähere Auskunft erteilen die Stationen.

Verkehrssperren: Aufgehoben ist die Annahmesperre für alle Sendungen nach Rumänien mit Leitung über Tscheschowatel.

DZ Offenburg, 29. April. Die Vorlage auf Gewährung von Teuerungszulagen an die städtischen Beamten und Arbeiter, die der Stadt eine Mehrausgabe von 1 1/2 Millionen bringt, wurde vom Bürgerausschuss jetzt angenommen.

Aus der Landeshauptstadt.

Die Frier des 1. Mai. Anlässlich der gestrigen Maifeier veranstaltete die freigewerkschaftliche Arbeiterdemonstrationszüge, die sich unter Abführung von Libern zum Stadigarten bewegten. Dort fand ein Massenmeeting mit Konzert und Ansprachen statt. Am Nachmittag wurde der 1. Mai durch eine größere Veranstaltung im großen Festhalleaal gefeiert, der bis auf den letzten Platz besetzt war. In ähnlicher Weise verlief der Maifeiertag auch in den anderen Städten des Landes. Zwischenfälle haben sich nirgend ereignet.

Fortsetzung des Zentral-Handels-Registers.

Schwellingen. N.102 Handelsregisteramt... Abt. B Band I zu D. 3. 5 - Eisinger Aktienbrauerei...

Schwellingen. N.125 Handelsregisteramt... Abt. A Band III: Zu D. 3. 41 - Max Wallerstein...

Schwellingen. N.126 Handelsregisteramt... Abt. A Band I betr. die Firma 'Benz & Co.'...

Schwellingen. N.128 Handelsregisteramt... Abt. A Band I unter D. 3. 392 Firma Schwartwald...

Schwellingen. N.129 Handelsregisteramt... Abt. B ist heute eingetragen worden: Unter D. 3. 19: Verkaufsstelle der Sägewerke...

Schwellingen. N.130 Handelsregisteramt... Abt. B ist heute eingetragen worden: Unter D. 3. 20: Oberglottertälcher Sägewerk...

Schwellingen. N.131 Handelsregisteramt... Abt. B ist heute eingetragen worden: Unter D. 3. 20: Oberglottertälcher Sägewerk...

Weinheim. N.128 Zum Handelsregister A Band I D. 3. 211 zur Firma 'Franz Schütz Nachf.'...

Weinheim. N.127 In das Handelsregister A D. 3. 201 wurde eingetragen: Firma Karl Damm...

Wiesloch. N.45 In das Handelsregister B Band I ist zu D. 3. 10 zum Lebensbedürfnisverein...

Wiesloch. N.46 In das Handelsregister B Band I ist zu D. 3. 10 zum Lebensbedürfnisverein...

Wiesloch. N.47 In das Handelsregister B Band I ist zu D. 3. 10 zum Lebensbedürfnisverein...

Konstanz. N.60 Genossenschaftsregisteramt Band I D. 3. 6: Gewerbe- und Handelsbank Konstanz...

Pfullendorf. N.92 Zum Vereinsregister N. 5 'Freiwillige Feuerwehr Pfullendorf'...

Badisches Landestheater.

Dienstag, 2. Mai 6 1/2 - 9 Uhr 25 Mk. Abonnement G 2 - Th.-Gem. B.V.B. Nr. 101-400.

Konzerthaus. Badische Lichtspiele. Der erste Kreuzzug. (Die Befreiung Jerusalems.)

Das Privalt-Pädagogium Karlsru. Bism.-Str. 69 führt von Sexta bis Abitur jeder Schule...

Antliche Bekanntmachungen. Die bezirkspolizeilichen Vorschriften vom 2. Juli 1889...

Das Auswanderungswesen betr. Dem Herrn Eberhard Mayer wurde gemäß § 11 des Reichsgesetzes...

Bekanntmachung. Nachversteuerung von Beleuchtungsmitteln. Nach dem Gesetz vom 8. April 1922...

Bekanntmachung. Vorläufige Zahlungen auf die Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1922.

Bekanntmachung. Wein- und Schaumweinsteuer betr. Am 1. Mai 1922 tritt das Schaumweinsteuergesetz...

Bekanntmachung. Nachversteuerung von Zuder. Nach Art. IV des Gesetzes vom 8. April 1922...

Leo's Füllfeder. Freuhand. Das moderne Schreibgerät für Zeit- und Geldersparnis.

Fruchtwein ohne Zusatz von Traubenwein 20 v. H. für andere Schaumweine...

Wer am 1. Mai 1922 im Besitze von Schaumwein oder Schaumweinalkoholischen Getränken...

Für im Inland hergestellte und aus dem Ausland eingeführte Schaumweine...

Das Landesfinanzamt kann die Anrechnung in Einzelfällen ausnahmsweise auch dann zulassen...

Bekanntmachung. Nachversteuerung von Zuder. Nach Art. IV des Gesetzes vom 8. April 1922...

Bekanntmachung. In der Strecke Weil-Leopoldsdörfer-Göppingen wird am 1. Juni d. J. der deutsch-dänische Grenzbahnhof...

Bekanntmachung. In der Strecke Weil-Leopoldsdörfer-Göppingen wird am 1. Juni d. J. der deutsch-dänische Grenzbahnhof...

Bürgerl. Rechtspflege. a. Streitige Gerichtsbarkeit. N.141. Bühl. über das Vermögen des Schachtel-machers...

Rechtsanwalt. N.141. Bühl. über das Vermögen des Schachtel-machers...